

Infobrief des Versorgungswerks zum Alterseinkünftegesetz

Vom 01.01.2005 an beginnt der Einstieg in die sogenannte nachgelagerte Besteuerung. Dieser schrittweise Übergang zur vollen Besteuerung der Rente soll innerhalb einer 35-jährigen Übergangszeit vollzogen werden. Im Gegenzug werden die Beiträge zur Altersvorsorge schrittweise von der Steuer frei gestellt.

Wie wird die Rente künftig besteuert?

Alle gesetzlichen Renten und vergleichbaren Renten unterliegen ab Januar 2005 zu 50% der Besteuerung (bisher zum Ertragsanteil, z.B. 27% bei Rentenbeginn im Alter 65). Die tatsächliche Steuerlast ergibt sich durch Anwendung des jeweiligen persönlichen Steuersatzes auf den steuerpflichtigen Rentenanteil. Der steuerfreie Rentenanteil von 50% gilt für alle, die bereits vorher Rente bezogen (sogenannte Bestandsrenten) oder ab dem Jahr 2005 erstmalig Rente beziehen. Für die späteren Renteneintrittsjahrgänge ergibt sich der steuerfreie Rentenanteil aus der folgenden Tabelle:

Jahr der Verrentung	Steuerfreier Teil der Rente	Jahr der Verrentung	Steuerfreier Teil der Rente	Jahr der Verrentung	Steuerfreier Teil der Rente
2005	50 %	2017	26 %	2029	11 %
2006	48 %	2018	24 %	2030	10 %
2007	46 %	2019	22 %	2031	9 %
2008	44 %	2020	20 %	2032	8 %
2009	42 %	2021	19 %	2033	7 %
2010	40 %	2022	18 %	2034	6 %
2011	38 %	2023	17 %	2035	5 %
2012	36 %	2024	16 %	2036	4 %
2013	34 %	2025	15 %	2037	3 %
2014	32 %	2026	14 %	2038	2 %
2015	30 %	2027	13 %	2039	1 %
2016	28 %	2028	12 %	ab 2040	0 %

Der für jeden Rentner relevante steuerfreie Prozentsatz richtet sich nach dem Jahr seines Renteneintritts und gilt bis an sein Lebensende. Er kann daher durch Vorziehung der Altersrente vom 65. auf das 60. Lebensjahr um bis zu 10% erhöht werden.

Konkret wird für jeden Rentner im Jahr, das auf das Jahr seines ersten Rentenbezugs folgt, „sein“ Steuerfreibetrag ermittelt, der bis an sein Lebensende Gültigkeit behält:

Beispiel¹:

Ein Arbeitnehmer geht im September des Jahres 2005 in Rente, damit beträgt sein steuerfreier Anteil 50 %. Er erhält eine Rente von monatlich 1.000 Euro. Zum 1. Juli 2006 erfolgt eine Rentenanpassung auf 1.100 Euro und zum 1. Juli 2007 auf 1.200 Euro.

Der Rentner hat folgende Beträge zu versteuern:

in 2005	4 x 1.000 Euro (September – Dezember)	4.000 Euro
	abzüglich Freibetrag 50 Prozent	2.000 Euro
	abzüglich Werbungskosten-Pauschbetrag	102 Euro
	zu versteuern	1.898 Euro

¹ Quelle: Informationsbroschüre des Bundesfinanzministeriums „Fragen zum Gesetz zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen“

in 2006	6 x 1.000 Euro (Januar-Juni)	6.000 Euro	
	6 x 1.100 Euro (Juli-Dezember)	6.600 Euro	
	Summe		12.600 Euro
	abzüglich Freibetrag 50 Prozent		6.300 Euro
	abzüglich Werbungskosten-Pauschbetrag		102 Euro
	zu versteuern		6.198 Euro

Für die restliche Laufzeit der Rente wird der Freibetrag von 6.300 Euro festgeschrieben. Rentenerhöhungen sind also zu 100% steuerpflichtig:

in 2007	6 x 1.100 Euro (Januar-Juni)	6.600 Euro	
	6 x 1.200 Euro (Juli-Dezember)	7.200 Euro	
	Summe		13.800 Euro
	abzüglich Freibetrag		6.300 Euro
	abzüglich Werbungskosten-Pauschbetrag		102 Euro
	zu versteuern		7.398 Euro

Anmerkung: Dieser Rentner zahlt keine Steuern, wenn er nur diese Rente bezieht und daneben keine weiteren Einkünfte hat, da sein zu versteuerndes Einkommen unter dem Grundfreibetrag (zur Zeit 7.664 Euro für Alleinstehende, 15.328 Euro für zusammenveranlagte Ehepaare) liegt.

Für die heutigen Rentner werden erst ab einer Monatsrente von etwa 1.575 Euro (Alleinstehende) bzw. 3.150 Euro (Verheiratete mit einer Rente) Steuern fällig (sofern keine weiteren Einnahmen zu versteuern sind).

Zu beachten ist auch, dass das Alterseinkünftegesetz eine sogenannte Öffnungsklausel für Rentner enthält, die bis zum 31.12.2004 mindestens zehn Jahre Rentenversicherungsbeiträge oberhalb des Höchstbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet haben. Der auf geleisteten Beiträgen oberhalb des Höchstbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung beruhende Rentenanteil wird auf Antrag beim zuständigen Finanzamt nur mit dem Ertragsanteil (von künftig 18% bei Rentenbeginn im Alter 65) besteuert. Sollten Sie der Meinung sein, die Escape-Klausel könne für Sie zutreffen, wenden Sie sich bitte zur weiteren Klärung an Ihren steuerlichen Berater.

Zieht das Versorgungswerk die Steuern ab 2005 direkt von der Rente ab?

Nach gegenwärtigem Sachstand: nein. Das bedeutet, das Versorgungswerk zahlt die Rente ungekürzt in der Höhe, wie sie in Ihrem Rentenbescheid ausgewiesen wurde.

Jeder Rentner erhält aufgrund seiner Steuererklärung einen Steuerbescheid und muss die Steuer selbst ans Finanzamt zahlen. Die Finanzämter erfahren die Rentenhöhe auch durch die für alle Rentner vorgeschriebenen Rentenbezugsmitteilungen vom Versorgungswerk. Zur Vorbereitung dieser Rentenbezugsmitteilungen wird Ihnen das Bundesamt für Finanzen voraussichtlich spätestens bis zum Ende des Jahres 2007 eine persönliche Identifikationsnummer mitteilen. **Bitte teilen Sie uns Ihre Identifikationsnummer möglichst umgehend nach Erhalt mit.**

Kann man die Beiträge zur Rentenversicherung zukünftig steuerlich absetzen?

Ja, doch der Übergang zu einer vollständigen Absetzbarkeit der Versorgungsbeiträge wird schrittweise erfolgen. Für die Kalenderjahre 2005 bis 2024 ist eine Übergangsregelung vorgesehen.

Diese sieht vor, dass innerhalb eines Rahmens von jährlich 20.000 Euro (bzw. 40.000 Euro bei zusammenveranlagten Ehegatten) zunächst 60 Prozent der individuell getätigten Aufwendungen als Sonderausgaben für Altersvorsorgebeiträge steuerlich abzugsfähig sind. Dieser Prozentsatz steigt jährlich um 2 Prozent an:

Jahr der Beitragszahlung	Abziehbarer Teil der Aufwendungen	Jahr der Beitragszahlung	Abziehbarer Teil der Aufwendungen	Jahr der Beitragszahlung	Abziehbarer Teil der Aufwendungen
2005	60 %	2012	74 %	2019	88 %
2006	62 %	2013	76 %	2020	90 %
2007	64 %	2014	78 %	2021	92 %
2008	66 %	2015	80 %	2022	94 %
2009	68 %	2016	82 %	2023	96 %
2010	70 %	2017	84 %	2024	98 %
2011	72 %	2018	86 %	2025	100 %

Beispiel 1:

Leistet ein selbstständiges Mitglied eines berufsständischen Versorgungswerks in 2005 den Höchstbeitrag von voraussichtlich 12.285 Euro an sein Versorgungswerk, so sind davon 7.371 Euro (12.285 Euro x 60 Prozent) als Sonderausgaben absetzbar. Bei einem angestellten Mitglied ist der steuerfreie Arbeitgeberanteil (12.285 Euro x 50 Prozent = 6.142,50 Euro) von diesem Betrag abzuziehen, d.h. es sind nur 1.228,50 Euro als Sonderausgaben absetzbar.

Beispiel 2²:

Der Arzt Sebastian Müller ist Arbeitnehmer und hat zusätzlich eine private Leibrentenversicherung abgeschlossen. Er kann im Jahr 2005 folgende Ausgaben steuerlich absetzen:

Arbeitnehmeranteil Rentenversicherungsbeitrag	3.000,00 Euro
steuerfreier Arbeitgeberanteil Rentenversicherungsbeitrag	3.000,00 Euro
zusätzliche private Leibrentenversicherung	<u>2.000,00 Euro</u>
geleistete Altersvorsorgebeiträge insgesamt	8.000,00 Euro
davon 60% (in 2005)	4.800,00 Euro
abzüglich steuerfreier Arbeitgeberanteil Rentenvers.beitrag	-3.000,00 Euro
absetzbare Beiträge insgesamt (soweit der maximal absetzbare Betrag für 2005, s.u., nicht überschritten wird)	1.800,00 Euro
absetzbarer Höchstbetrag	20.000,00 Euro
davon 60% (in 2005)	12.000,00 Euro
abzüglich individueller steuerfreier Arbeitgeberanteil	- 3.000,00 Euro
maximal absetzbarer Betrag in 2005	9.000,00 Euro

² Quelle: „Die neue Rentenreform“ Informationsbroschüre der BfA, Berlin, siehe auch www.bfa.de

Da der im Jahr 2005 maximal absetzbare Betrag von 9.000,00 Euro nicht überschritten wird, kann Herr Müller alle Altersvorsorgeaufwendungen in Höhe von 1.800 Euro als Sonderausgaben steuerlich geltend machen.

Neben den Beiträgen zum Versorgungswerk werden auch Beiträge zu neuartigen privaten Leibrentenversicherungen berücksichtigt, sofern diese bestimmte Voraussetzungen erfüllen (z.B. kein Kapitalwahlrecht, nicht vererbbar). Diese können durch eine Zusatzversicherung (Berufsunfähigkeit, verminderte Erwerbsfähigkeit, Hinterbliebenenschutz) ergänzt werden.

In einer Übergangsphase bis zum Jahr 2019 können insgesamt jedoch mindestens so viele Vorsorgeaufwendungen wie bisher abgesetzt werden (sogenannte Günstigerprüfung). Ihr steuerlicher Berater wird Ihnen dazu weitere Informationen geben können.

Können weiterhin auch sonstige Versicherungsbeiträge als Sonderausgaben steuermindernd geltend gemacht werden?

Ja, neben dem oben genannten Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgebeiträge wird ein gesonderter Sonderausgabenabzug für sonstige Versicherungen eingeführt. Dieser umfasst Beiträge zu Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege-, Unfall-, Haftpflicht- und Risikolebensversicherungen sowie Kapitallebens- und Rentenversicherungen nach altem Recht.

Das maximale Abzugsvolumen für Sonderausgaben dieser Kategorie beträgt jährlich 2.400 Euro für Steuerpflichtige, die ihre Krankenversicherung allein finanzieren (z.B. selbstständige Ärzte), und jährlich 1.500 Euro für Steuerpflichtige, die steuerfreie Zuschüsse ihres Arbeitgebers zur Krankenversicherung erhalten (z.B. angestellte Ärzte).

Beiträge zu eigenständigen Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsversicherungen gehören zu den Sonderausgaben für sonstige Versicherungen, Beiträge zu ergänzenden Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsversicherungen, die in Kombination mit einer privaten Leibrentenversicherung abgeschlossen wurden, gehören zu den Sonderausgaben für Altersvorsorgebeiträge.

Voraussetzung für die zukünftige Anerkennung von Beiträgen zu Kapitallebensversicherungen und Rentenversicherungen nach altem Recht als Sonderausgaben für sonstige Versicherungen ist, dass die Laufzeit dieser Versicherungen vor dem 1.1.2005 begonnen hat und bis zum 31.12.2004 mindestens ein Versicherungsbeitrag entrichtet wurde. Ihr steuerlicher Berater erklärt Ihnen die Einzelheiten.

Muss das Versorgungsstatut geändert werden?

Ja. Voraussetzung für die steuerliche Absetzbarkeit der Beiträge zum Versorgungswerk als Sonderausgaben für Altersvorsorgebeiträge ist, dass das Versorgungswerk Leistungen erbringt, die (nicht der Höhe, aber der Art nach) mit den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbar sind. Dies macht einzelne Änderungen des Versorgungsstatuts (z.B. die Abschaffung der Beitragserstattung an Ausländer, die in ihre Heimat zurückkehren) notwendig. Wir werden Sie über die Änderungen informieren, nachdem die Kammerversammlung – voraussichtlich in der Oktobersitzung – die Statutänderung beschlossen hat.

Wir bitten um Verständnis dafür, dass das Versorgungswerk für die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Schreiben enthaltenen Angaben keine Haftung übernehmen kann.